



Abteilung 13 Umwelt und Raumordnung -
Referat Naturschutz
Stempfergasse 7
8010 Graz

Bearb.: Mag. Maximilian Lughofer
Tel.: +43 (316) 877-2965
Fax: +43 (316) 877-5947
E-Mail: umweltanwalt@stmk.gv.at

Bei Antwortschreiben bitte
Geschäftszeichen (GZ) anführen

— GZ: UA-124119/2026-3

Graz, am 11.05.2026

Ggst.: Legistik, Entwurf Verordnung Biber, 1. VO 2026,
BEGUTACHTUNG

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der vorliegende Verordnungsentwurf verfolgt das nachvollziehbare Ziel, Konflikte zwischen Biberaktivitäten und öffentlichen Schutzinteressen, insbesondere im Bereich der Hochwassersicherheit sowie kritischer Infrastruktur rechtlich zu regeln. Positiv hervorzuheben ist, dass die Verordnung die unionsrechtlich relevante Maßnahmenkaskade berücksichtigt und Präventionsmaßnahmen gegenüber populationsbezogenen Eingriffen ausdrücklich priorisiert.

Gleichzeitig ist zu betonen, dass dem Biber (*Castor fiber*) aus unionsrechtlicher Sicht eine besondere artenschutzrechtliche Bedeutung zukommt. Als Art des Anhangs IV der FFH-Richtlinie unterliegt er einem strengen Schutzregime, das nicht nur auf den Schutz einzelner Individuen, sondern auch auf die langfristige Sicherung stabiler Populationen und ihrer ökologischen Funktionen abzielt. Der Biber erfüllt dabei eine wichtige ökologische Rolle als sogenannter „Ökosystemingenieur“, indem er durch seine Bautätigkeit zur Strukturvielfalt von Gewässerlandschaften, zur Wasserrückhaltung, zur Förderung der Biodiversität sowie teilweise auch zur Verbesserung des natürlichen Hochwasserrückhalts beitragen kann. Dies kann in einigen Fällen insbesondere im Zusammenhang im Hinblick auf die Renaturierung auch positive ökonomische Auswirkungen haben.

Vor diesem Hintergrund kommt Ausnahmebestimmungen nach Art. 16 FFH-RL ein besonderer Charakter zu. Eingriffe in streng geschützte Arten bedürfen einer sorgfältigen und nachvollziehbaren Begründung. Die Rechtsprechung des EuGH verlangt in diesem Zusammenhang eine restriktive Auslegung von Ausnahmebestimmungen sowie eine dokumentierte Prüfung, ob anderweitige zufriedenstellende Lösungen bestehen.

1. Zu § 1 – Ziele und Geltungsbereich

Die in § 1 Abs. 1 genannten öffentlichen Interessen – insbesondere Hochwasserschutz, Schutz kritischer Infrastruktur sowie öffentliche Sicherheit – stellen grundsätzlich legitime Zielsetzungen im Sinne des Art. 16 FFH-RL dar. Gerade aufgrund der hohen artenschutzrechtlichen Relevanz des Bibers erscheint es sinnvoll, die Voraussetzungen für das Vorliegen einer konkreten Gefährdungslage möglichst präzise zu definieren. Eine nähere Konkretisierung könnte dazu beitragen, den Ausnahmecharakter der Verordnung klarer hervorzuheben und zugleich die Nachvollziehbarkeit der Vollzugspraxis zu stärken. Positiv hervorzuheben ist, dass besonders sensible Schutzgebiete ausdrücklich vom Geltungsbereich der Verordnung ausgenommen werden. Dies trägt dem unionsrechtlichen Schutzgebiets- und Artenschutzsystem Rechnung.

2. Zur Maßnahmenkaskade (§§ 3–5)

Die Verordnung bildet die unionsrechtlich gebotene abgestufte Vorgehensweise grundsätzlich nachvollziehbar ab:

- Präventionsmaßnahmen,
- Eingriffe in den Lebensraum,
- Eingriffe in die Population.

Diese Systematik ist aus artenschutzrechtlicher Sicht wesentlich, da sie dem Grundsatz entspricht, populationsbezogene Eingriffe nur als allerletztes Mittel vorzusehen. Gerade bei streng geschützten Arten kommt der Alternativenprüfung zentrale Bedeutung zu. Im Sinne einer möglichst unionsrechtskonformen Vollzugspraxis könnte daher erwogen werden, die Voraussetzungen für das Einleiten der jeweils nächsten Eingriffsstufe noch näher zu konkretisieren. Die Formulierung, wonach Maßnahmen „wirkunglos geblieben“ sein müssen, lässt nämlich derzeit einen gewissen Interpretationsspielraum offen.

Hilfreich könnten insbesondere nähere Kriterien sein:

- wann Präventionsmaßnahmen als ausgeschöpft gelten,
- welcher Beobachtungszeitraum heranzuziehen ist,
- welche technischen oder organisatorischen Maßnahmen zuvor umzusetzen sind,
- und welche fachlichen Grundlagen für die Beurteilung maßgeblich sind.

Dies könnte zugleich dazu beitragen, den Vorrang präventiver und lebensraumschonender Maßnahmen im Sinne des europäischen Artenschutzrechts stärker abzusichern.

3. Zu Eingriffen in die Population (§ 5)

Die Verordnung sieht populationsbezogene Eingriffe ausdrücklich erst nach vorgelagerten Präventions- und Lebensraumeingriffen vor. Dies entspricht dem unionsrechtlichen Grundsatz, wonach Fang und Tötung geschützter Arten nur als ultima ratio zulässig sein können.

Gerade weil populationsbezogene Eingriffe die intensivste Form artenschutzrechtlicher Beeinträchtigung darstellen, erscheint eine besonders sorgfältige Einzelfallprüfung wesentlich. Im Hinblick auf die Anforderungen der EuGH-Rechtsprechung könnte daher erwogen werden, die Dokumentation der Alternativenprüfung und die fachliche Begründung der Eingriffe noch detaillierter auszugestalten.

Eine nachvollziehbare Dokumentation könnte insbesondere dazu beitragen, den Ausnahmecharakter populationsbezogener Maßnahmen zu verdeutlichen, die unionsrechtlich geforderte Verhältnismäßigkeit sicherzustellen, und die langfristige Sicherung des günstigen Erhaltungszustands nachvollziehbar zu dokumentieren.

4. Zur Kontingentierung (§ 6)

Die vorgesehene Kontingentierung verfolgt das Ziel, populationsbezogene Eingriffe quantitativ zu begrenzen und dadurch den günstigen Erhaltungszustand des Bibers zu sichern. Dass ein begleitendes Monitoring vorgesehen ist, ist aus artenschutzfachlicher Sicht erforderlich und gut implementiert. Aktuell umfasst das Kontingent etwa 8-10% der steirischen Biberpopulation, was im unionsrechtlichen Licht als absolutes Maximum der Entnahme noch vertretbar scheint.

Gerade bei streng geschützten Arten ist jedoch wesentlich, dass Entnahmen laufend an aktuelle populationsökologische Entwicklungen angepasst werden. Hierzu ist ein möglichst lückenloses Monitoring erforderlich. Dies erscheint insbesondere deshalb relevant, weil der günstige Erhaltungszustand nach Art. 16 FFH-RL dauerhaft gewährleistet bleiben muss.

5. Monitoring und Dokumentation

Positiv hervorzuheben ist, dass die Verordnung Dokumentationspflichten sowie ein begleitendes Monitoring vorsieht. Diese Elemente sind für den Artenschutz von zentraler Bedeutung, da nur durch eine laufende Evaluierung beurteilt werden kann, ob sich Eingriffe auf den Erhaltungszustand der Population auswirken. Gegebenenfalls könnte ergänzend geprüft werden, ob regelmäßige Evaluierungen der Maßnahmen und eine zusammenfassende Veröffentlichung der Monitoring-Ergebnisse vorgesehen werden sollten. Dies könnte zusätzlich zur Transparenz und zur wissenschaftlichen, bzw. verwaltungspraktischen Nachvollziehbarkeit beitragen.

7. Zusammenfassung

Zusammenfassend stellt der Entwurf einen erkennbaren Versuch dar, die Anforderungen des europäischen Artenschutzes mit praktischen Erfordernissen des Hochwasser- und Infrastrukturschutzes in Einklang zu bringen. Gleichzeitig sollte der besondere artenschutzrechtliche Stellenwert des Bibers als streng geschützte Art und ökologisch bedeutsamer Bestandteil naturnaher Gewässerökosysteme im Vollzug der Verordnung besonders berücksichtigt werden.

Im Hinblick auf die unionsrechtlichen Anforderungen des Art. 16 FFH-RL könnten daher einzelne Bestimmungen noch präziser ausgestaltet werden, insbesondere:

- die Konkretisierung der Alternativenprüfung,
- die Dokumentation und Transparenz der Einzelfallentscheidungen,
- die fachlichen Kriterien für populationsbezogene Eingriffe,
- die wissenschaftliche Absicherung der Kontingentierung.

Eine solche Präzisierung trägt dazu bei, die Rechtssicherheit und die Akzeptanz der Verordnung zu erhöhen und ihre langfristige Vereinbarkeit fachlich und im Lichte des europäischen Artenschutzrecht bestmöglich abzusichern.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Steiermärkische Landesregierung

Der Umweltanwalt

Mag. Maximilian Lughofer

(elektronisch gefertigt)